Bebauungsplan "Gewerbegebiet Am Galgenpfad"

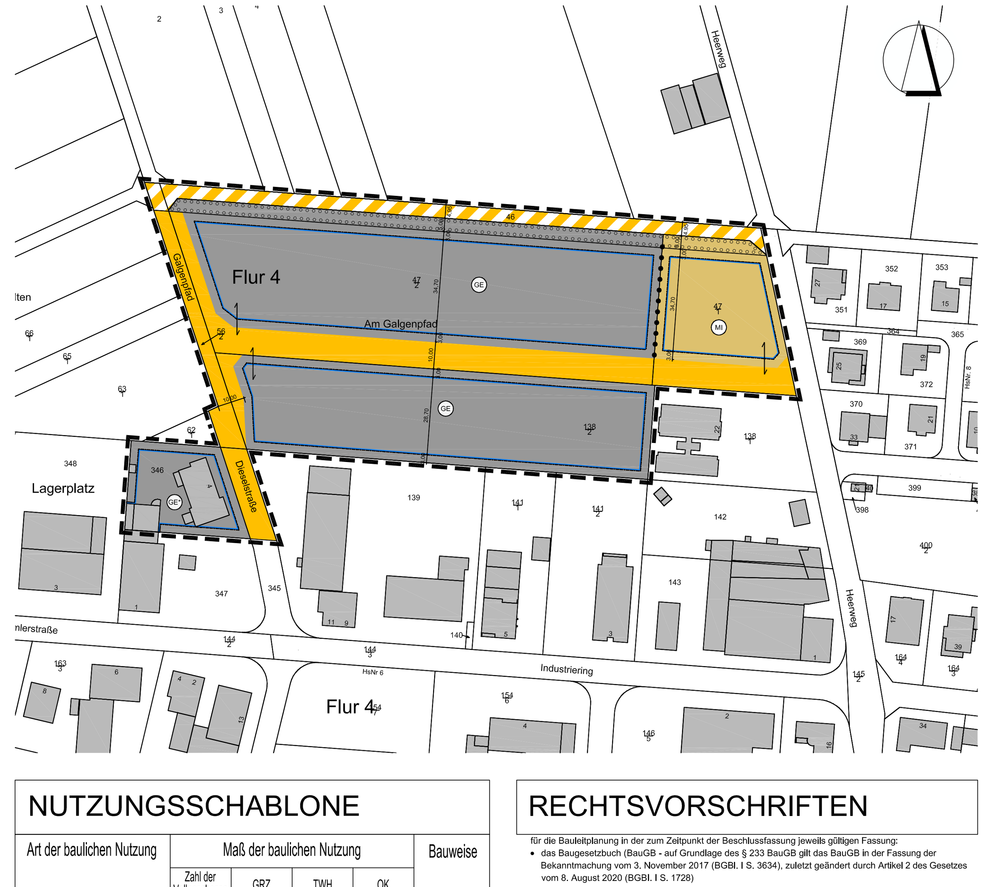
Eingriffsgebiet: Gemarkung Schaafheim, Flur 4, Nrn. 46, 47/1, 47/2, 56/2, 138/2, 345 teilweise sowie 346

(Die amtliche Katasterbezeichnung der externen Ausgleichsflächen ist jeweils der untenstehenden Darstellung zugeordnet)

Gemeinde Schaafheim

PLANZEICHNUNG - EINGRIFFSGEBIET

Maßstab 1 : 1.000



NUTZUNGSSCHABLONE

Art der baulichen Nutzung	Maß der baulichen Nutzung				Bauweise
	Zahl der Vollgeschosse	GRZ	TWH	OK	
	(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)	(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)			(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
GE	X	0,8	X	10,00 m	o
GE*	X	0,8	X	10,00 m	o
MI	II	0,6	6,50 m	9,50 m	o

Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)

Gewerbegebiet mit Fremdkörperfestsetzung (§ 8 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 10 BauNVO)

Mischgebiet (§ 6 BauNVO)

RECHTSVORSCHRIFTEN

für die Bauleitplanung in der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung jeweils gültigen Fassung:

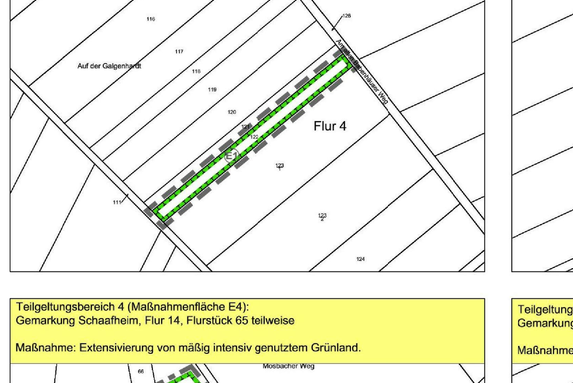
- das Baugesetzbuch (BauGB - auf Grundlage des § 233 BauGB gilt das BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728)
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO – in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- die Planzeichenverordnung (PlanzV0 90 - in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509))
- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
- das Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- das Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HABNatSchG)
- die Hessische Bauordnung (HBO)
- das Hessische Wassergesetz (HWG)
- das Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz)
- die Hessische Gemeindeordnung (HGO)

PLANZEICHNUNG - EXTERNE AUSGLEICHSFLÄCHEN

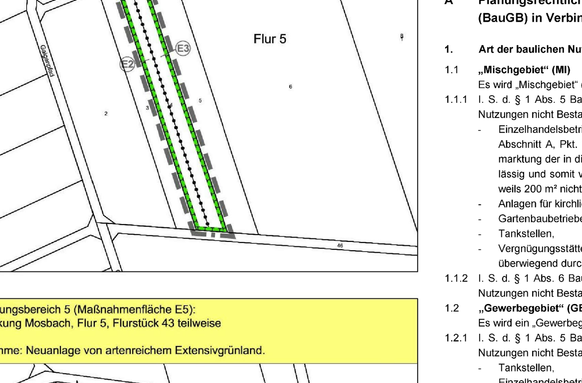
Maßstab 1 : 1.500

Teilgeltungsbereich 2 (Maßnahmenfläche E1):
Gemarkung Schaafheim, Flur 4, Flurstück 122

Maßnahme: Schaffung eines Blühstreifens.



Teilgeltungsbereich 3 (Maßnahmenfläche E2 und E3):
Gemarkung Schaafheim, Flur 5, Flurstück 4
Maßnahme: Schaffung eines Blühstreifens (E2).
Maßnahme: Neuanlage von artenreichem Extensivgrünland (E3).



Teilgeltungsbereich 4 (Maßnahmenfläche E4):
Gemarkung Schaafheim, Flur 14, Flurstück 65 teilweise

Maßnahme: Extensivierung von mäßig intensiv genutztem Grünland.

Teilgeltungsbereich 5 (Maßnahmenfläche E5):
Gemarkung Mosbach, Flur 5, Flurstück 43 teilweise

Maßnahme: Neuanlage von artenreichem Extensivgrünland (E5).

Verfasser:
Ingenieur GmbH & Co. KG
Hüttenfelder Straße 7
64653 Lorsch

Fon 06251 - 584 783 0
Fax 06251 - 584 783 1
mail mail@infrapro.de
web www.infrapro.de

PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. d. BauNVO)

- GE — Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)
- GE* — Gewerbegebiet mit Fremdkörperfestsetzung (§ 8 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 10 BauNVO)
- MI — Mischgebiet (§ 6 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung (vgl. Nutzungsschablone) (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 BauNVO)

- GRZ — Grundflächenzahl
- II — Zahl der Vollgeschosse
- TWH — Traufwandhöhe
- OK — Oberkante

3. Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. d. BauNVO)

- o — Bauweise: offene Bauweise (§ 22 BauNVO)
- Baugrenze (§ 23 BauNVO)

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- öffentliche Verkehrsflächen
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung hier: Wirtschaftsweg

5. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen für die Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit Kennzeichnung der Maßnahme
- E1 — Externe Ausgleichsfläche Nr. 1: Gemarkung Schaafheim, Flur 4, Nr. 122 Maßnahme & Pflege: siehe Textfestsetzung Abschnitt A, Pkt. 6.2.1
- E2 — Externe Ausgleichsfläche Nr. 2: Gemarkung Schaafheim, Flur 5, Nr. 4 teilweise Maßnahme & Pflege: siehe Textfestsetzung Abschnitt A, Pkt. 6.2.1
- E3 — Externe Ausgleichsfläche Nr. 3: Gemarkung Schaafheim, Flur 5, Nr. 4 teilweise Maßnahme & Pflege: siehe Textfestsetzung Abschnitt A, Pkt. 6.4.1
- E4 — Externe Ausgleichsfläche Nr. 4: Gemarkung Schaafheim, Flur 14, Nr. 65 teilweise Maßnahme & Pflege: siehe Textfestsetzung Abschnitt A, Pkt. 6.4.2
- E5 — Externe Ausgleichsfläche Nr. 5: Gemarkung Mosbach, Flur 5, Nr. 43 teilweise Maßnahme & Pflege: siehe Textfestsetzung Abschnitt A, Pkt. 6.4.3

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

7. Sonstige Planzeichen

- Teilgeltungsbereiche der externen Ausgleichsflächen
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungsarten
- Überfahren zur Festsetzung der maßgeblichen Verkehrsfläche zur Ermittlung der Gebäudehöhe

II. Hinweise

1. Hinweise der Kartengrundlage

- vorhandene Gebäude
- vorhandene Flurstücksgrenzen, mit Flurstücksbezeichnung

2. Sonstige Hinweise

- 0,5 — beispielhafte Bemassung [Angaben in Meter]

TEXTTEIL ZUM BEBAUUNGSPLAN

Der nachstehende Textteil zum Bebauungsplan ist hinsichtlich seines räumlichen und rechtlichen Geltungsbereiches deckungsgleich mit dem in der Planzeichnung durch Planzeichen festgesetzten Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Am Galgenpfad".
Die zeichnerischen und sonstigen Planfestsetzungen werden durch den nachfolgenden Textteil ergänzt.

Abkürzungen:

BauGB (Baugesetzbuch)	BauNVO (Baunutzungsverordnung)
HBO (Hessische Bauordnung)	
i. V. m. (in Verbindung mit)	i. S. d. (im Sinne des)

A Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung (BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 **„Mischgebiet" (MI)**
Es wird „Mischgebiet" (MI) im Sinne des § 6 BauNVO festgesetzt.

1.1.1 I. S. d. § 1 Abs. 5 BauNVO sind folgende nach § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes:
- Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevantem Sortimenten gem. Sortimentsliste unter Abschnitt A, Pkt. 1.3. Die Einrichtungen von Verkaufsflächen ist nur für die Selbstvermarktung der in diesen Gebieten produzierenden und weiterverarbeitenden Betriebe zulässig und somit von dieser Festsetzung nicht betroffen, wenn deren Verkaufsfläche je weils 200 m² nicht überschreitet.
- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke,
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen,
- Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind.

1.1.2 I. S. d. § 1 Abs. 6 BauNVO sind die nach § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

1.2 **„Gewerbegebiet" (GE):**
Es wird ein „Gewerbegebiet" (GE) im Sinne des § 8 BauNVO festgesetzt.

1.2.1 I. S. d. § 1 Abs. 5 BauNVO sind folgende nach § 8 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes:
- Tankstellen,
- Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten gem. Sortimentsliste unter Abschnitt A, Pkt. 1.3. Die Einrichtungen von Verkaufsflächen ist nur für die Selbstvermarktung der in diesen Gebieten produzierenden und weiterverarbeitenden Betriebe zulässig und somit von dieser Festsetzung nicht betroffen, wenn deren Verkaufsfläche je weils 200 m² nicht überschreitet.

1.2.2 I. S. d. § 1 Abs. 6 BauNVO sind folgende, nach § 8 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, nicht zulässig:
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind,
- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke,
- Vergnügungsstätten

1.2.3 Innerhalb des festgesetzten **Gewerbegebietes – Teilbereich GE*** gelten die Festsetzungen Nrn. 1.2.1 sowie 1.2.2 entsprechend. Darüber hinaus sind bestehende bauliche oder sonstige Anlagen sowie deren Nutzung, welche dem Zweck der Wohnnutzung dienen, sowie deren Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen gemäß § 1 Abs. 10 BauNVO ausnahmsweise zulässig.

1.3 **Sortimentsliste:**

1.3.1 Die nachfolgende Sortimentsliste, mit Unterteilung in zentrenrelevante und nicht-zentrenrelevante Sortimente, entspricht der Sortimentsliste aus dem Textteil des Regional-plans Südhessen 2010 und stellt die Grundlage für die Zulässigkeiten von Einzelhandelsvorhaben innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des vorliegenden Bebauungsplanes dar (vgl. Festsetzungen Abschnitt A, Pkt. 1.1.1 und 1.2.1):

Zentrenrelevante Sortimente	Nicht zentrenrelevante Sortimente
Einzel- und Nahversorgungsgüter für den täglichen Bedarf	Güter für den mittel- und langfristigen Bedarf
▸ Lebensmittel, Getränke	▸ Bekleidung, Wäsche, Lederwaren, Schuhe
▸ Drogerie, Pharmazeutika	▸ Baby- und Kinderartikel
▸ Haushaltsreinigung, Wasch- und Putzmittel	▸ Sanitätswaren, Parfümerie
▸ Schnittblumen, Zierkarpfen, Zierfische, Kleintiere, Tierbedarf	▸ Topfpflanzen, Zooartikel, Tierernährung
▸ Schreibwaren	▸ Haus- und Heimtextilien, Gardinen und Zubehör, Stoffe
	▸ Kurzwaren, Handarbeiten, Wolle
	▸ Bücher, Papier, Büroorganisation (ohne Büromöbel)
	▸ Foto, Video, Optik, Akustik
	▸ Glas, Porzellan, Keramik, Geschenkartikel
	▸ Kunst- und -gewerbe, Bilder, Antiquitäten, Basteiartikel
	▸ Beleuchtungskörper, Lampen
	▸ Musikalien, Musikinstrumente, Bild- und Tonträger
	▸ Spielwaren, Sportartikel und -bekleidung, Campingartikel
	▸ Fahrräder und Zubehör
	▸ Waffen und Jagdbedarf
	▸ Uhren, Schmuck, Silberwaren
	▸ Unterhaltungselektronik, Computer und Kommunikationselektronik
	▸ Elektrokleingeräte, Haushaltsgeräte
	▸ Bad-, Sanitäreinrichtung und -zubehör
	▸ Bauelemente, Baustoffe
	▸ Beschläge, Eisenwaren
	▸ Installationsbedarf, Teppiche
	▸ Boote und Zubehör
	▸ Brennstoffe, Mineralölerzeugnisse
	▸ Büromöbel und -maschinen
	▸ Erde, Torf
	▸ Fahrzeuge aller Art (ohne Fahrräder) und Zubehör
	▸ Farben, Lacke und Tapeten
	▸ Fliesen
	▸ Gartenhäuser, -geräte
	▸ Installationsmaterial, Heizung, Elektro
	▸ Möbel, Küchen
	▸ Pflanzen und -gefäße
	▸ Rollläden, Markisen
	▸ Werkzeuge

Tabelle 1: Sortimentsliste als Grundlage für die Zulässigkeitsprüfung von Einzelhandelsvorhaben innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des vorliegenden Bebauungsplanes; Quelle: Regionalversammlung Südhessen / Regierungspräsidium Darmstadt; Regionalplan Südhessen 2010 - Text

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Das Maß der baulichen Nutzung im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 BauNVO wird bestimmt durch die in der Nutzungsschablone angegebenen Werte. Die Nutzungsschablone trifft Aussagen zur Grundflächenzahl (GRZ), zur Zahl der zulässigen Vollgeschosse sowie zur Höhe baulicher Anlagen, spezifiziert durch die Obergrenzen für die Traufwandhöhe (TWH) bzw. der Oberkante (OK) baulicher Anlagen an höchsten Punkt des Gebäudes und zur Bauweise. Die Nutzungsschablone wird hiermit Bestandteil der Festsetzungen des Bebauungsplanes.

2.2 Für das **Mischgebiet (MI)** wird die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt zu:
- maximal II

2.3 Die Traufwandhöhe (TWH) wird bestimmt als das Maß zwischen Bezugspunkt und dem Durchstoßpunkt der verlängerten Gebäudeaußenwand durch die Oberkante der Dachhaut.
Die Oberkante (OK) wird bestimmt als das Maß zwischen Bezugspunkt und der Oberkante der Dachhaut am höchsten Punkt des Gebäudes.
Bei Gebäuden mit einer Dachneigung von weniger als 10° gilt die TWH als höchster Punkt des Gebäudes zur Bestimmung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen.
Bei Pultdächern oder versetzten Pultdächern (Dachneigung ≥ 10°) ist die TWH an der niedrigeren Traufwand maßgeblich.

2.4 Bezugspunkt für Höhenfestsetzungen:
Als Bezugspunkt wird die Oberkante der anbaufähigen, für die jeweilige Erschließung des Gebäudes maßgeblichen öffentlichen Verkehrsfläche im Fahrbahnmittig, gemessen senkrecht vor Gebäudemitte festgelegt. Bei Gebäuden auf Eckgrundstücken wird die maßgebliche Straßenverkehrsfläche durch Planeintrag (Überhaken) festgesetzt.

2.5 Zulässige Überschreitung des festgesetzten Maßes der Höhe baulicher Anlagen:
Die zulässige Höhe baulicher Anlagen darf durch Gebäudeteile zur Unterbringung von Gebäudetechnik oder durch Anlagen oder Bauteile der technischen Gebäudeausrüstung (z. B. Kamine, Antennen etc.) um bis zu 3,00 m überschritten werden, sofern diese Anlagen oder Bauteile einen Abstand zur Gebäudeaußenkante in dem Maße einhalten, wie sie selbst über das Dachniveau hinausragen, mindestens jedoch 1,00 m.

2.6 Bei Flachdächern ist zusätzlich eine Attika mit einer maximalen Aufbauhöhe von 30 cm über OK zulässig.

3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

3.1 Bauweise (§ 22 BauNVO):
Für alle Baugebiete (MI, GE, GE*) wird die offene Bauweise festgesetzt.

3.2 Überbaubare Grundstücksflächen (§ 23 BauNVO):

3.2.1 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.

3.2.2 Zulässige Überschreitung der zeichnerisch festgesetzten Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO):
Eine Überschreitung der im Planteil festgesetzten Baugrenzen in geringfügigem Ausmaß durch untergeordnete Bauteile ist bis zu einer Tiefe von 1,50 m zulässig, wenn diese im Einzelnen nicht breiter als 5,00 m sind und der Grenzabstand nach HBO zu den benachbarten Grundstücken eingehalten werden kann.

3.2.3 Werbeanlagen, Laderampen, Treppenanlagen einschließlich der dazugehörigen Überdachung, Podeste, Terrassen, Balkone, Stützmauern zur Anfangung von Geländeversprüngen sowie Oberflächenbefestigungen (z. B. Asphalt- oder Pflasterbeläge) sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

4. Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

4.1 Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen sind innerhalb wie auch außerhalb der dafür bestimmten Grundstücksflächen zulässig.

4.2 Bei der Anordnung von Garagen oder sonstigen Nebenanlagen im Einflussbereich zur öffentlichen Verkehrsfläche hat der Eigentümer in eigener Verantwortung Sorge zu tragen, dass der Sichtbereich bei wegbiger Teile, wie z. B. Schwing-/ Kipptore, nicht in das Lichtprofil des öffentlichen Straßenraums hineinragt. Bei der Verwendung von Schwing-/ Kipptoren ist daher ein Mindestabstand zur öffentlichen Verkehrsfläche in dem Maß, einer halben Torbreite des Schwing-/ Kipptores einzuhalten.

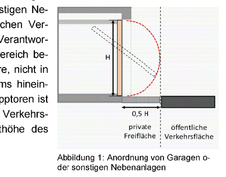


Abbildung 1: Anordnung von Garagen o. Carports zur Verkehrsfläche

5. Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 14 BauNVO)

5.1 Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sowie die der Versorgung des Gebietes dienenden Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

6. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

6.1 *Spezifische Vermeidungsmaßnahmen zum Artenschutz:*

6.1.1 Für die Beleuchtung der Grundstücksfreiflächen ist ausschließlich insektenfreundliches, nach unten abstrahlende, mit einer niedrigen Lichtemperatur von kleiner bis gleich 3.300 Kelvin (warmweißes Licht), Beleuchtung zu verwenden, um beleuchtungsbedingte Lockeffekte zu vermeiden.

6.1.2 Straßenbeleuchtung sind ausschließlich blendarme Beleuchtungssysteme zu verwenden. Der Abstrahlwinkel ist in Richtung der Straßenverkehrsfläche auszurichten, um Lichtemissionen in die Umgebung zu vermeiden.

6.1.3 Beschränkung der Rodungszeit: Zur Berücksichtigung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) im Hinblick auf die Einhaltung artenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das Abschneiden oder auf den Stock setzen von Bäumen, Hecken, lebenden Zäunen, Gebüschen und anderen Gehölzen während der Brut- und Setzzeit von Vögeln, d.h. in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September, unzulässig. Jedenzeit zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesundenhaltung von Bäumen.

6.1.4 Beschränkung der Ausführungszeit: Die Durchführung von Erdarbeiten und Baustelleinvorbereitungen ist ausschließlich außerhalb der Brutzeit, d.h. im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 28. Februar, zulässig. Ausnahmsweise können Erdarbeiten und Baustelleinvorbereitungen auch in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September zugelassen werden, wenn die entsprechend beanspruchten Flächen unmittelbar vor Beginn der Erdarbeiten bzw. vor Einrichtung der Baustelle sorgfältig durch eine fachlich qualifizierte Person auf vorhandene Bodennester abgesucht werden. Die entsprechende Person ist der UNb vor Beginn der Erdarbeiten zu benennen. Im Nachweisfall ist der Baubeginn bzw. die Einrichtung bis nach dem Ausfliegen der Jungen zu verschieben. Bei Nachweis von Bodennestern während der Erdarbeiten und Baustelleinrichtung ist mit der zuständigen Naturschutzbehörde Kontakt aufzunehmen.

6.1.5 Räumliche Beschränkung für Baustelleneinrichtungsflächen: Baustelleneinrichtungsflächen, Zwischenlagerflächen für Bauschutt oder Baumaterial sowie Abstellflächen für Maschinen müssen innerhalb des Plangebiets errichtet werden, da es ansonsten zu Gelege-Verlusten sowie erhöhten Vergrämungseffekten bei den Offenlandarten kommen kann.

6.1.6 Zeitliche Begrenzung von Gebäudearbeiten: Die im Plangebiet vorhandenen Bestandsgebäude werden als Bruthabitat von synanthrop orientierten Vogelarten genutzt. Arbeiten an Fassaden oder Dachstühlen sind außerhalb der Brutzeit durchzuführen, um synanthrope Arten zu schützen. Andernfalls muss vor Beginn der Arbeiten eine qualifizierte Person das Vorhandensein von Nestern prüfen und ggf. deren Ausfliegen abgewartet werden. Die UNB erhält in diesem Fall einen Ergebnisbericht.

6.2 *Vorgesogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) Artenschutz auf den externen Ausgleichsflächen E1 und E2 (Teilplan 3 von 3):*

6.2.1 *Anlage von Blühstreifen:* Die Maßnahmenflächen Gemarkung Schaafheim, Flur 4, Nr. 122 (Maßnahmenbezeichnung E1) und Gemarkung Schaafheim, Flur 5 Nr. 4 teilweise (Maßnahmenbezeichnung E2) sind zur Habitatsicherung bodenbrütender Offenlandarten herzustellen. Die Umsetzung von CEF-Maßnahmen hat grundsätzlich vorlaufend vor den betreffenden Eingriffen zu erfolgen.

Maßnahme:
Pro Maßnahmenfläche ist ein Blühstreifen mit einer Breite von mindestens 10 m auf mindestens 1.000 m² anzusäen.
Die Streifenbreite muss dabei mindestens 7-10 m, die Streifenlänge mindestens 100 m betragen. Eine vollständige Randlage des Blühstreifens zu Wegen ist - mit Ausnahme zu reinen, störungsarmen Wiesenwegen - nicht zulässig. Die Einsaat einer geeigneten Kräutermischung (z.B. die Saatgutmischung „Visselhöveder Nützlingsstreifen" vom CAMENA oder eine vergleichbare Blühstreifen-Mischung) hat Mitte bis Ende April zu erfolgen, bei sehr frostiger Witterung bis Mitte Mai. Im Rahmen der weiteren Flächenbewirtschaftung ist auf dieser Teilfläche der Ackerparzelle auf Düngung und Pflanzenschutz zu verzichten.

Pflege:
Die Entwicklungszeit eines Streifens wird mit zwei Jahren festgesetzt, danach ist er turnusmäßig umzubrechen und wiederum neu einzusäen; die Maßnahmenflächen unterliegen also einem zweijährigen Herstellungs- bzw. Pflegemodus. Eine jährliche Herbstmahd der Streifen (ab Mitte Oktober) ist zulässig. Unzulässig ist der Einsatz von Pestiziden, Unkrautvernichtungsmitteln und Dünger.

Funktionskontrolle:
Zu der Artenschutzmaßnahme (CEF-Maßnahme) ist durch eine fachlich qualifizierte Person eine 5-jährige Funktionskontrolle durchzuführen, um ggf. Änderungen hinsichtlich Größe, Lage oder eingesetzter Saatgutmischung vornehmen zu können.

6.2.2 Es wird darauf hingewiesen, dass die Monitoringberichte zu den CEF-Maßnahmenflächen E1 und E2 für die Feldlerche der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Darmstadt Dieburg jährlich zuzusenden sind.

6.3 *Sonstige artenschutzrechtlich notwendige Maßnahmen:*

6.3.1 Verschluss von Bohrlöchern: Zur Vermeidung von Individualverlusten bei Reptilien, Kleinsäugern und Vertretern der Bodenarthropodenfauna sind alle Löcher, die bei (Probe-)Bohrungen im Plangebiet entstehen, unverzüglich durch geeignete Substrate zu verschließen.

6.4 *Externe Ausgleichsmaßnahmen:*

6.4.1 Externe Ausgleichsfläche E3: Gemarkung Schaafheim, Flur 5, Nr. 4 teilweise (Teilplan 3 von 3)

Maßnahme:
Es ist eine artenreiche Frischwiese anzulegen und dauerhaft extensiv zu unterhalten. Zur Ansaat ist eine naturraum- und standortgerechte artenreiche Wiesenmischung fachgerecht aufzubringen. Hierfür sind Saatmischungen von Anbietern zu verwenden die durch Organisationen wie „VWW-Regiosaaten" oder „Regionet" zertifiziert sind, wie z.B. Appels Wilde Samen GmbH in Darmstadt oder Rieger-Hofmann GmbH in Blaufelden-Rabolshausen.

Pflege:
Nach eventuell zur Unkrautreindämmung erforderlicher häufigerer Mahd in den ersten ein bis zwei Jahren (ggf. erforderliche Schröpfschnitte) darf/ muss das Mähgut stets abgeführen werden), ist die extensive Wiese maximal zweimal pro Jahr zu mähen; 1. Schnitt zwischen dem 15. Juni und dem 15. Juli, 2. Schnitt nach dem 15. September. Das Mähgut ist abzufahren. Der Einsatz von Dünger und Pestiziden ist nicht zulässig. Ausnahmsweise kann eine extensive Düngung nach Abstimmung mit dem Beratungsteam Ökologischer Landbau des Landesbetriebes Landwirtschaft Hessen (LLH) zugelassen werden.

6.4.2 Externe Ausgleichsfläche E4: Gemarkung Schaafheim, Flur 14, Nr. 65 teilweise (Teilplan 3 von 3)

Maßnahme:
Die derzeitige eher nitrophytische Grünlandfläche ist durch Extensivierung in mageres Frischgrünland zu entwickeln.

Maßnahme und Pflege:
Die Wiese ist mindestens einmal, maximal zweimal pro Jahr zu mähen. Erste Mahd nicht vor dem 15. Juni, eine zweite Mahd (oder schwache Nachweide) ab September. Das Mahdgut ist abzufahren. Auf der Gesamtfläche dürfen weder Pflanzenschutzmittel verwendet werden, noch darf die Fläche in irgendeiner Art gedüngt werden. Ausnahmsweise kann eine extensive Düngung nach Abstimmung mit dem Beratungsteam Ökologischer Landbau des Landesbetriebes Landwirtschaft Hessen (LLH) zugelassen werden.

6.4.3 Externe Ausgleichsfläche E5: Gemarkung Mosbach, Flur 5, Nr. 43 teilweise (Teilplan 3 von 3)

Maßnahme:
Es ist eine artenreiche Frischwiese anzulegen und dauerhaft extensiv zu unterhalten. Zur Ansaat ist eine naturraum- und standortgerechte artenreiche Wiesenmischung fachgerecht aufzubringen. Hierfür sind Saatmischungen von Anbietern zu verwenden die durch Organisationen wie „VWW-Regiosaaten" oder „Regionet" zertifiziert sind, wie z.B. Appels Wilde Samen GmbH in Darmstadt oder Rieger-Hofmann GmbH in Blaufelden-Rabolshausen.

Pflege:
Nach eventuell zur Unkrautreindämmung erforderlicher häufigerer Mahd in den ersten ein bis zwei Jahren (ggf. erforderliche Schröpfschnitte) darf/ muss das Mähgut stets abgeführen werden), ist die extensive Wiese maximal zweimal pro Jahr zu mähen; 1. Schnitt zwischen dem 15. Juni und dem 15. Juli, 2. Schnitt nach dem 15. September. Das Mähgut ist abzufahren. Der Einsatz von Dünger und Pestiziden ist nicht zulässig. Ausnahmsweise kann eine extensive Düngung nach Abstimmung mit dem Beratungsteam Ökologischer Landbau des Landesbetriebes Landwirtschaft Hessen (LLH) zugelassen werden.

7. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB)

7.1 Innerhalb der Baugrundstücke ist je angefangene 500 m² Grundstücksfläche mindestens ein heimischer, standortgerechter Laubbaum (Pflanzqualität: StU mind. 16/18 cm, gemäß Pflanzenliste unter Abschnitt C) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Abgänge sind nachzupflanzen. Der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

7.2 Innerhalb der zeichnerisch festgesetzten „Umgrenzung von Flächen für Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" ist eine mindestens 2-reihige Hecke aus heimischen, standortgerechten Baum- und Straucharten (gemäß Pflanzenliste unter Abschnitt C) in einer Breite von mindestens 5,00 m zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten (Gebüsche mindestens 2 x verpflanzt, Höhe 120 - 150 cm, Pflanzabstand 1,5 x 1,0 m). Abgänge sind nachzupflanzen. Die Reihen sind gegeneinander versetzt anzulegen sind. Die Pflege der Hecken erfolgt durch einzelstammweise „Auf den Stock setzen" im Abstand von 6-10 Jahren. Dabei ist pro Pflegegang maximal 50 % der Sträucher zurückzuschneiden, um einen vielfältigen Gehölzcharakter zu entwickeln. Der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln ist ist unzulässig.

B Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 HBO)

1. Örtliche Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)

1.1 Dachform und Material:
Zulässig sind Flachdächer, Pultdächer, versetzte Pultdächer, Satteldächer und Walmdächer.
Die Eindeckung von Gebäudeschossen ist zulässig.

1.2 Dachaufbauten sind ausschließlich als Schleppgauben oder stehende Gauben (Sattel- oder Spitzgauben) gemäß nachstehender Abbildung 2 zulässig. Je zulässiger Hausform ist nur eine einheitliche Gaubenform zulässig. Dacheinschnitte sind ebenfalls zulässig.

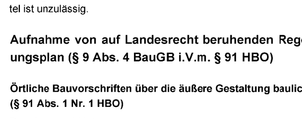


Abbildung 2: Zulässige Gaubenformen

1.3 Die Gesamtbreite der Dachaufbauten und Dacheinschnitte auf einer Dachseite darf gemäß nachstehender Abbildung 3 höchstens 2/3 der Trauflänge (L) dieser Dachseite betragen. Der höchste Punkt der Dachaufbauten und -einschnitte muss mindestens 0,60 Meter unterhalb der Firstoberkante, der niedrigste Punkt muss mindestens 0,90 Meter oberhalb der Traufe des Daches liegen; der seitliche Mindestabstand zum jeweiligen Ortgang (Außenkante der Dachfläche) sowie der Abstand zwischen zwei nebeneinanderliegenden Gauben muss mindestens jeweils 1,25 Meter betragen.
Bei Doppelhäusern sind diese Maße für jede der beiden Doppelhaushälften einzuhalten. Zur Ermittlung des seitlichen Mindestabstandes bei Gebäudeseiten ohne Ortgang, gilt jeweils die verlängerte Außenwand.

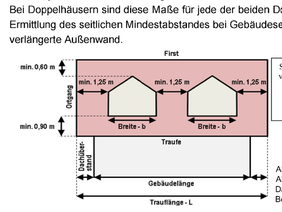


Abbildung 3: Abmessungen zulässiger Dachgauben (hier Beispiel: Satteldgaube)

1.4 Darüber hinaus ist je Gebäude auf dessen Traufseite maximal ein Zwerchhaus oder Zwerchgiebel zulässig. Die zulässige Breite eines Zwerchhauses oder -giebels darf gemäß nachstehender Abbildung 4 die Hälfte der Trauflänge (L) dieser Dachseite nicht überschreiten. Der höchste Punkt des Zwerchhauses oder -giebels (= Anschlusspunkt des Firstes des Zwerchhauses oder -giebels an die Oberkante der Dachfläche des Hauptdaches) muss mindestens 1,00 Meter unter der Firstoberkante des Hauptdaches liegen; der seitliche Mindestabstand zum Ortgang (Außenkante der Dachfläche) muss mindestens 2,50 Meter betragen.

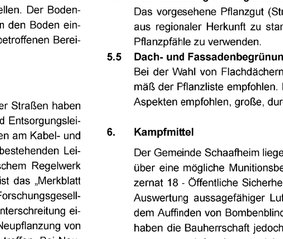


Abbildung 4: Abmessungen zulässiger Zwerchhäuser -/giebel (hier Beispiel: Zwerchhaus)

1.5 Die Materialwahl für die Dachflächen sowie die Dachrinnen und Regenfallrohre ist so zu gestalten, dass das Niederschlagswasser n